



Organization for Security and Co-operation in Europe
PARLIAMENTARY ASSEMBLY

ROTTERDAMER ERKLÄRUNG

DER

**PARLAMENTARISCHEN VERSAMMLUNG
DER OSZE**

UND

**AUF DER ZWÖLFTEN JAHRESTAGUNG
VERABSCHIEDETE ENTSCHEIDUNGEN**

ROTTERDAM, 5. BIS 9. JULI 2003

PRÄAMBEL

Wir, die Parlamentarier der OSZE-Teilnehmerstaaten, sind vom 5. bis 9. Juli 2003 in Rotterdam als parlamentarische Dimension der OSZE zu unserer Jahrestagung zusammengetreten, um eine Bestandsaufnahme der Entwicklungen und Herausforderungen im Zusammenhang mit der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, insbesondere mit der Rolle der OSZE in der neuen europäischen Sicherheitsarchitektur vorzunehmen, und bringen den OSZE-Ministern folgende Standpunkte zur Kenntnis.

Wir wünschen dem nächsten OSZE-Ministerratstreffen im Dezember in Maastricht viel Erfolg und lenken seine Aufmerksamkeit auf die folgende Erklärung und die folgenden Empfehlungen.

DIE ROLLE DER OSZE IN DER NEUEN EUROPÄISCHEN SICHERHEITSARCHITEKTUR

KAPITEL I

POLITISCHE ANGELEGENHEITEN UND SICHERHEIT

1. in Bekräftigung der positiven Rolle der OSZE innerhalb der neuen europäischen Sicherheitsarchitektur,
2. mit der Feststellung, dass eine weitere Entwicklung und Reform der Vor-Ort-Aktivitäten der OSZE wichtig ist,
3. unter Hinweis auf die zentrale Rolle der OSZE als regionale Sicherheitsorganisation gemäß Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen für den Schutz und die Bestätigung der in der Charta verankerten allgemeinen Grundsätze des Völkerrechts,
4. darin erinnernd, dass anhaltende internationale Probleme im OSZE-Gebiet eine ständige Bedrohung für die Sicherheit und Stabilität in der OSZE-Region und in der Folge für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit bedeuten,
5. in diesem Zusammenhang erfreut über die in der Erklärung des Ministerrats von Porto bekräftigte Verpflichtung der OSZE, die Bemühungen zur Lösung anhaltender Konflikte im OSZE-Gebiet, welche die Einhaltung der OSZE-Grundsätze gefährden und Frieden und Sicherheit beeinträchtigen, zu verstärken,
6. in Erneuerung der Aufrufe der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in ihren Erklärungen von Paris (2001) und Berlin (2002) zu verstärkter institutionenübergreifender

Zusammenarbeit mit UNO, EU, NATO, Europarat und GUS auf Grundlage der Plattform für kooperative Sicherheit,

7. in Bekräftigung der Bedeutung einer engen Zusammenarbeit zwischen den Institutionen sowohl auf Ebene der Zentralen als auch vor Ort,
8. mit der Feststellung, dass die wahre Stärke der OSZE in ihrer Fähigkeit liegt, auf Bedrohungen und Herausforderungen der Sicherheit zu reagieren, sowie in ihrer starken Präsenz vor Ort,
9. mit dem nachdrücklichen Hinweis auf die eigentliche Stärke der OSZE als Forum, das die Regierungen darin bestärkt, die notwendigen Maßnahmen zur Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen zu ergreifen, die sie von der Schlussakte von Helsinki bis heute freiwillig eingegangen sind,
10. in Bekräftigung der konstruktiven und positiven Rolle, die die OSZE-Missionen dadurch übernehmen, dass sie ihre Gaststaaten bei der Erfüllung der OSZE-Verpflichtungen unterstützen,
11. angesichts der Tatsache, dass das Hauptanliegen aller Organisationen bei der Durchführung von Projekten die effiziente Verwirklichung der Ziele sein sollte -

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE -

12. betont, dass die Koordination zwischen internationalen Organisationen und die Vermeidung von kostspieliger Doppelarbeit von größter Wichtigkeit ist und sich deshalb jede Organisation auf jene Bereiche konzentrieren sollte, in denen sie über komparative Vorteile verfügt;
13. unterstreicht, dass die OSZE mit ihrem umfassenden Sicherheitsansatz besonders dazu geeignet ist, Nationenbildung zu unterstützen und die Bevölkerung dazu zu befähigen, aktiv am Demokratisierungsprozess teilzunehmen;
14. begrüßt die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den wichtigsten Sicherheitsorganisationen im OSZE-Gebiet auf der Grundlage der Plattform für kooperative Sicherheit;
15. befürwortet die Verstärkung der transatlantischen Zusammenarbeit;
16. begrüßt die vorgeschlagene Eröffnung eines OSZE-Verbindungsbüros in Brüssel zur Verbesserung der Koordination mit internationalen Organisationen;
17. ist sich der Tatsache bewusst, dass sich die europäische Sicherheitsarchitektur in einem ständigen Entwicklungsprozess befindet, betont die Notwendigkeit einer flexiblen Arbeitsteilung zwischen internationalen Organisationen und insbesondere der Bereitschaft, Projekte anderen, besser geeigneten Organisationen zu überlassen, und ist der Auffassung, dass gleichzeitig gegebenenfalls Projektmittel anderer Organisationen von den starken Feldmissionen der OSZE verwendet werden könnten;
18. spricht sich für die Entwicklung der Beziehungen und der Zusammenarbeit der OSZE mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum und in Asien und anderen angrenzenden Ländern aus, um die Werte, Errungenschaften und Methoden der OSZE zu fördern;

19. ruft die OSZE dazu auf, ihren in der Schlussakte von Helsinki und den nachfolgenden Dokumenten verankerten grundlegenden Prinzipien und Normen als Leitprinzipien für ihren gesamten Beitrag zur neuen europäischen Sicherheitsarchitektur treu zu bleiben;
20. betont die Bedeutung der universellen und gleichen Anwendung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen;
21. fordert die OSZE-Institutionen auf, in ihrer Arbeit nach größerer geographischer Ausgewogenheit zu trachten;
22. ermutigt die OSZE, sich weiterhin auf Fragen zu konzentrieren, die für alle Teilnehmerstaaten von Interesse sind, und begrüßt nachdrücklich, dass der niederländische OSZE-Vorsitz den Menschenhandel zum Schwerpunktthema erklärt hat;
23. vermerkt die Möglichkeiten der OSZE, sich mit der im Interesse aller Teilnehmerstaaten liegenden Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und von deren Einsatzmitteln zu befassen und den unerlaubten Verkauf konventioneller Waffen, einschließlich Kleinwaffen und leichter Waffen, durch den Resolutionen der Vereinten Nationen verletzt werden, zu verbieten, insbesondere durch die Ermutigung und energische Überprüfung der Einhaltung der Beschlüsse über die Nichtverbreitung und den Waffentransfer, die von den Ministerrattreffen 1992 in Prag und 2002 in Porto und auf dem Gipfeltreffen von Budapest 1994 gefasst wurden;
24. fordert alle OSZE-Teilnehmerstaaten mit Nachdruck dazu auf, die Forderung nach einem realen Nullwachstum des Haushalts der Organisation zu überdenken;
25. ruft die OSZE dazu auf, für einen transparenten und ausgeglichenen Haushalt zu sorgen;
26. betont, dass die Bereitstellung ausreichender Finanzmittel und hoch qualifizierter Mitarbeiter für die OSZE-Feldmissionen notwendig ist, um die Glaubwürdigkeit der Organisation zu erhalten;
27. begrüßt die derzeitigen Bemühungen der OSZE, den Feldmissionen größere Verantwortung in Bezug auf den Haushalt und mehr Unabhängigkeit in Haushaltsfragen zu übertragen;
28. empfiehlt mit Nachdruck, den Ständigen Rat der OSZE zu ersuchen, die Parlamentarische Versammlung der OSZE zu konsultieren, ehe er die Schließung von OSZE-Außenstellen beschließt, und im Zusammenhang damit dem Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der OSZE ausreichend Zeit dafür zu geben, dass er eine Delegation der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in das betroffene Land zur Beurteilung der Lage und Berichterstattung an den Präsidenten entsenden kann;
29. erneuert die von der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in ihrer Bukarester Erklärung (2000) abgegebenen Appelle an die OSZE, die Abhängigkeit von entsandtem Personal abzubauen;
30. äußert sich besorgt über das geographische Ungleichgewicht, das sich aus dem System der Dienstzuteilung insofern ergibt, als es von den Möglichkeiten der einzelnen Teilnehmerstaaten abhängt, für die Kosten internationaler Mitarbeiter aufzukommen;
31. begrüßt den Aufbau einheimischer Kapazitäten als Folge der Übernahme international besetzter Posten durch örtliche Mitarbeiter;

32. regt an, die OSZE möge ihre Arbeit in Südosteuropa auf die Bereiche Governance und Aufbau von Kapazitäten konzentrieren;
33. begrüßt, dass sich die OSZE verstärkt mit Polizeiangelegenheiten befasst, und begrüßt nachdrücklich die Einrichtung der Gruppe für strategische Polizeiangelegenheiten als geeignete Koordinierungsstelle;
34. fordert mit Nachdruck, in Vorwegnahme etwaiger zukünftiger Erfordernisse, angemessene Kapazitäten im Bereich der Grenzüberwachung/des Grenzschutzes im OSZE-Sekretariat durch Einrichtung einer entsprechenden Dienststelle aufzubauen.

KAPITEL II

WIRTSCHAFTLICHE ANGELEGENHEITEN, WISSENSCHAFT, TECHNOLOGIE UND UMWELT

35. mit der Feststellung, dass Westeuropa zu Beginn des einundzwanzigsten Jahrhunderts dabei ist, die Integration und die Schaffung eines Raumes für das konstruktive Zusammenwirken von Nationalstaaten bei der Verfolgung gemeinsamer Ziele und Interessen zu verwirklichen,
36. mit größter Anerkennung für die Bemühungen der Staaten, sich weiter in die europäischen und euroatlantischen Strukturen zu integrieren und die Sicherheit, Stabilität und Demokratie zu stärken,
37. in der Erkenntnis, dass die Hauptverantwortung für Fortschritte in Politik und Wirtschaft bei den Behörden und Bewohnern der Regionen liegt, in diesem Zusammenhang die Verbesserung gutnachbarlicher Beziehungen und die Vertiefung der regionalen Zusammenarbeit begrüßend und nachdrücklich die Notwendigkeit betonend, die Bemühungen weiter zu verstärken, um sicherzustellen, dass Fortschritte nicht wieder rückgängig gemacht werden können und weitergehen, um so gemeinsame Ziele durch die Einhaltung gegenseitiger Verpflichtungen und gemeinsamer Werte zu erreichen,
38. in dem sicheren Wissen, dass die Chance für einen riesigen gemeinsamen Binnenmarkt entsteht, durch den sich die Möglichkeit für wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit und für freien Waren-, Kapital-, Dienstleistungs- und Personenverkehr bietet, was wiederum weiteres Wachstum und größere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit bewirkt,
39. mit der Feststellung, dass mit der Wirtschafts- und Währungsunion, welche die Grundlage für die Einführung des Euro als neue gemeinsame Währung im Januar 1999 bildete, ein qualitativ neuer Schritt im Integrationsprozess gesetzt wurde,
40. unter Betonung der Tatsache, dass Westeuropa in der Weltwirtschaft einen festen Platz als wichtiges Integrationszentrum inne hat, das mit der Weltwirtschaft im Austausch steht und die Bedingungen für den Welthandel nachhaltig beeinflusst,
41. mit dem nachdrücklichen Hinweis, dass die weitere Stärkung der ökonomischen und ökologischen Dimension der OSZE als fester Bestandteil ihres umfassenden Sicherheitsansatzes eine wesentliche Voraussetzung für den umfangreichen Beitrag der OSZE zur neuen europäischen Sicherheitsarchitektur darstellt,
42. in Unterstreichung der wesentlichen Rolle der OSZE für die weitere Förderung des regionalen und subregionalen Kooperationsrahmens zur Bewältigung der wirtschaftlichen und ökologischen Bedrohungen der Sicherheit in der OSZE-Region und in Unterstreichung des umfangreichen Beitrags, den die Konferenzen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE über subregionale wirtschaftliche Zusammenarbeit dazu leisten,

43. unter Betonung der Tatsache, dass innerhalb der OSZE mehrere subregionale zwischenstaatliche Organisationen entstanden und tätig sind, in denen eine einheitliche räumliche Vorstellung von regionaler Entwicklung, von den Prinzipien einer bestandfähigen Entwicklung und von Umweltsicherheit entwickelt wird,
44. in Kenntnis der Errungenschaften der Integration, die Westeuropa größeres politisches Gewicht und größeren politischen Einfluss in der Welt, insbesondere in Mittel- und Osteuropa, verliehen hat, eine Entwicklung, die in rund 15 weiteren europäischen Ländern den Wunsch geweckt hat, der Europäischen Union und der sich nach Osten ausdehnenden NATO beizutreten -

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE -

45. betont, dass in West- und Osteuropa neue Gefahren und Herausforderungen sowohl von innen als auch von außen aufgetreten sind, die in Zukunft einer raschen und wirksamen Lösung zugeführt werden müssen;
46. stellt fest, dass die Globalisierung eine besonders große Herausforderung darstellt, die schwer zu definieren ist und noch am Anfang ihrer Entwicklung steht, jedoch in vielerlei Hinsicht schon deutlich Gestalt angenommen hat und eine Neuordnung des menschlichen Lebensraumes notwendig macht:
- revolutionäre Errungenschaften in der Elektronik und in verwandten Bereichen als Grundlage für die Schaffung eines modernen, weltweiten Informationsraums,
 - die rasante Entwicklung der Kommunikations- und Verkehrsmittel, die weltweit den freien Personenverkehr und die Lieferung von Waren und Dienstleistungen ermöglichen,
 - die enorme Beschleunigung der Internationalisierung der Produktion im Fertigungsbereich der Hochtechnologie,
 - die Notwendigkeit, einen weltweiten Geld- und Kapitalmarkt zu schaffen und zu entwickeln, ohne den die gegenwärtige Internationalisierung der Produktion einfach undenkbar ist;
47. fordert die OSZE auf, ihre Rolle als politisches Dialogforum für die wichtigsten internationalen Wirtschaftsinstitutionen im Hinblick darauf auszuschöpfen, den Entwicklungsländern bei ihren Bemühungen tatkräftig zu helfen, eine bestandfähige Entwicklung herbeizuführen und die Herausforderungen der Globalisierung zu bewältigen;
48. fordert alle OSZE-Teilnehmerstaaten auf, ihre Verpflichtungen aus der Schlussakte von Helsinki, der Charta von Paris für ein neues Europa, dem Dokument der Bonner Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa von 1990 und aus den nachfolgenden Dokumenten der OSZE umzusetzen, um demokratische Institutionen und die Rechtsstaatlichkeit zu stärken, die grundlegenden Menschenrechte zu sichern und eine bestandfähige Wirtschaftsentwicklung in der gesamten OSZE-Region zu fördern;
49. ersucht die OSZE, in einem Raum des Wohlstands und der guten Nachbarschaft eine neue, fortschrittliche, differenzierte und freiwillige Form des Zusammenschlusses für die zum größeren Europa gehörenden Länder zu schaffen, damit der Integrationsprozess nicht neue Trennlinien in Europa entstehen lässt, die Unterschiede in der Wirtschaftsentwicklung nicht verschärft und diese Länder nicht vor zusätzliche Probleme stellt;

50. betont, dass die Harmonisierung der Integrationsprozesse in der OSZE-Region erfordert, dass die im Reformprozess befindlichen Länder gleichberechtigt und zum gegenseitigen Nutzen in das weltweite und europäische Wirtschaftssystem integriert werden, und fordert die OSZE-Teilnehmerstaaten nachdrücklich auf, diese Prozesse auf jede nur mögliche Weise zu unterstützen und dabei die wirtschaftlichen und politischen Interessen aller Teilnehmer der OSZE zu berücksichtigen und zu vermeiden, dass die Sicherheit und Stabilität der gesamten Region, die in den Zuständigkeitsbereich der Organisation fällt, gefährdet wird;
51. legt den Parlamentariern der OSZE-Teilnehmerstaaten nahe, ein Modell für eine reformorientierte nachhaltige Entwicklung auszuarbeiten;
52. fordert die OSZE-Teilnehmerstaaten mit Nachdruck auf, die notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, um als Voraussetzung für Stabilität im OSZE-Gebiet eine bestandfähige marktwirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen und Investitionen zu erleichtern;
53. legt der Europäischen Union nahe, im Rahmen des derzeitigen Erweiterungsprozesses mit ihren neuen Nachbarn im Osten eine partnerschaftliche politische Strategie zu verfolgen und in diesem Sinne dafür zu sorgen, dass sie über die entsprechenden und angemessenen Mittel verfügt, um das Produktionspotenzial der Mitgliedstaaten zu reorganisieren, aus der internationalen Arbeitsteilung Nutzen zu ziehen und das verfügbare Potenzial an qualifizierten Arbeitskräften gerecht einzusetzen;
54. begrüßt die Bemühungen der Europäischen Union, zu vermeiden, dass den wirtschaftlichen Interessen anderer Länder, die ihr nicht beitreten, Schaden zugefügt wird;
55. fordert die Teilnehmerstaaten auf, wirksame, koordinierte Strategien, insbesondere mittels regionaler Organisationen wie der Südosteuropäischen Kooperationsinitiative SECI, zur Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität, Geldwäsche, Finanzierung von Terrorismus und Menschen-, Drogen- und Waffenhandel zu entwickeln;
56. ist sich der Tatsache bewusst, dass wirtschaftliche und ökologische Faktoren die Sicherheit und Stabilität bedrohen können, und appelliert an die Teilnehmerstaaten und internationalen Organisationen, ihre Bemühungen zur Gewährleistung der Sicherheit, zur Verhütung und Eindämmung der Umweltverschmutzung und zur Sicherstellung der Kontrolle auf der Grundlage der uneingeschränkten Achtung des Völkerrechts zu intensivieren;
57. fordert die OSZE-Teilnehmerstaaten nachdrücklich auf, die Entwicklung regionaler Zusammenarbeit etwa nach dem Muster der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Schwarzmeerraum, des Rates für den europäisch-arktischen Bereich der Barentssee, des Rates der Ostseestaaten, der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, der Euroasiatischen Wirtschaftsgemeinschaft, der Zentraleuropäischen Initiative und der Südosteuropäischen Kooperationsinitiative in jeder Hinsicht zu unterstützen, die Entwicklung der Zusammenarbeit auf den Gebieten Handel und Industrie, Energie, Verkehr, Kommunikation, Wissenschaft und Technik und Landwirtschaft zu fördern, kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die Ökologie, den Tourismus usw. zu unterstützen und bei der Verwirklichung konkreter regionaler Projekte finanzielle Hilfestellung zu leisten;
58. unterstreicht die Notwendigkeit, die Bemühungen zu unterstützen, die auf die Entwicklung einer gesamteuropäischen Zusammenarbeit auf gleichberechtigter Basis und zum

wechselseitigen Nutzen in verschiedenen Bereichen und letztendlich auf die Bildung eines einzigen Raumes der Sicherheit und wirtschaftlichen Zusammenarbeit in der OSZE-Region und den Aufbau einer neuen europäischen Architektur ohne Trennlinien abzielen;

59. ruft die OSZE als Ganzes dazu auf, sich den Bemühungen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE anzuschließen, um gemeinsam die nachhaltige Entwicklung von KMU zu fördern;
60. fordert die Teilnehmerstaaten nachdrücklich auf, Anreize für eine verstärkte unternehmerische Tätigkeit und für die Gründung von KMU in größerer Zahl zu bieten, insbesondere von KMU, deren Besitzer oder Betreiber Frauen oder Minderheiten sind, indem sie Systeme schaffen, die weniger Auflagen für die Konzessionserteilung und Besteuerung von selbständigen Unternehmen vorsehen, Programme entwickeln, die den KMU den Zugang zu Finanzmitteln erleichtern, Aus- und Fortbildungsprogramme, Innovationszentren und die Entwicklung lokaler, nationaler und regionaler Unternehmervverbände gemäß den Empfehlungen der Abschließenden Erklärung von Bern 2003 über die Förderung von KMU unterstützen.

KAPITEL III

DEMOKRATIE, MENSCHENRECHTE UND HUMANITÄRE FRAGEN

61. in der Erkenntnis, das die Erweiterung der EU und der NATO sowie des Europarats alle wichtigen europäischen und euroatlantischen Institutionen, darunter auch die OSZE, vor neue Herausforderungen stellt,
62. überzeugt, dass die Erweiterung der EU, der NATO und des Europarats, die sich gemeinsam zu den Werten Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit bekennen, die Einhaltung der von den Teilnehmerstaaten eingegangenen Verpflichtungen in der menschlichen Dimension stärken wird,
63. betonend, dass die menschliche Dimension der OSZE auch weiterhin einen Schwerpunkt in der Arbeit der Organisation bilden muss,
64. unter Hinweis darauf, dass grobe Verletzungen der Menschenrechte von Bürgern aus anderen Teilnehmerstaaten durch OSZE-Teilnehmerstaaten eine ständige Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellen,
65. unterstreichend, dass die OSZE ihr politisches Gewicht auf der internationalen Bühne wahren und vergrößern muss, indem sie mit größerem Nachdruck gegen diese Verletzungen auftritt,
66. in Anerkennung der Tatsache, dass zwischen den Ländern und Regionen der OSZE Unterschiede hinsichtlich der Umsetzung ihrer Verpflichtungen in der menschlichen Dimension bestehen,
67. betonend, dass die OSZE die Förderung ihrer in der Schlussakte von Helsinki und den nachfolgenden Dokumenten festgelegten Prinzipien und Normen dynamischer betreiben muss, um wirksam zur Verringerung dieser Unterschiede beizutragen,
68. mit der Feststellung, dass die Schaffung eines „Europa als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ auf der Grundlage des Schengener Übereinkommens, in dem die Verfahren für die Überschreitung der Außengrenzen, die Freizügigkeit der Bürger, die Zuwanderung, die Überwachung und den Kampf gegen Verbrechen und Terrorismus festgelegt sind, als eine der wichtigsten Errungenschaften des derzeitigen Integrationsprozesses in Mittel- und Osteuropa anzusehen ist,
69. mit der Feststellung, dass die Aufnahmeländer, unter anderem durch ein vergrößertes Arbeitskräftereservoir und kulturelle Vielfalt, von der Migration profitiert haben und dass die Migration auch in Zukunft einen positiven Faktor darstellen kann,
70. jedoch mit dem Ausdruck der Besorgnis, dass im Zusammenhang mit Migration gewisse Probleme wie Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung aufgetreten sind und dass diese Probleme größerer Aufmerksamkeit seitens der OSZE bedürfen,
71. in Anbetracht der Tatsache, dass in den 55 Teilnehmerstaaten, aus denen die OSZE besteht, Millionen Menschen von ihrem Wohnort an einen sicheren Zufluchtsort in demselben Land flüchten mussten und dadurch zu Binnenvertriebenen wurden und dass jeder OSZE-

Teilnehmerstaat unmittelbar dafür verantwortlich ist, Binnenvertriebenen auf seinem Hoheitsgebiet ohne Diskriminierung Schutz und humanitären Beistand zu gewähren,

72. erfreut über die verstärkte Koordination und Kooperation, auch auf parlamentarischer Ebene, zwischen den wichtigsten europäischen und euroatlantischen Institutionen in Fragen der Festigung der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit,
73. in der Erwägung, dass Menschenhandel ein schwerwiegendes und besonders abscheuliches Verbrechen darstellt und eine moderne Form der Sklaverei in der OSZE-Region entstehen lässt,
74. unter Hinweis auf die 2002 in Berlin verabschiedete „Entschließung über die Bekämpfung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels“ und die 2001 in Paris verabschiedete „Entschließung über die Bekämpfung des Menschenhandels“ zusätzlich zu anderen früheren Erklärungen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE zu dieser schrecklichen Form der internationalen Kriminalität,
75. darin erinnernd, dass der Menschenhandel, dessen verstärkte Bekämpfung die Suche nach neuen Formen und Quellen der finanziellen Unterstützung ausgelöst hat, eine Form der organisierten und internationalen Kriminalität ist, die in internationaler Zusammenarbeit unter Einbeziehung der Herkunfts-, Transit- und Zielländer bekämpft werden muss -

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE -

76. schlägt vor, dass die OSZE bei der Förderung der Umsetzung der von den Teilnehmerstaaten eingegangenen Verpflichtungen in der menschlichen Dimension einen ausgewogeneren regionalen Ansatz wählt, der die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern und Regionen berücksichtigt, jedoch keines/keine von ihnen außer Acht lässt;
77. fordert die OSZE-Teilnehmerstaaten auf, ihren Verpflichtungen nachzukommen, die ihnen aus ihrem Beitritt zu internationalen Übereinkommen und anderen Rechtsinstrumenten zu Menschenrechtsfragen erwachsen;
78. betont die Notwendigkeit, dass die OSZE ihre Aufsicht über die Einhaltung der Verpflichtungen durch die Teilnehmerstaaten in Bezug auf die menschliche Dimension verstärkt und zu diesem Zweck ihren Mechanismus zur Überprüfung der Umsetzung der Verpflichtungen in vollem Umfang einsetzt;
79. empfiehlt, dass die OSZE in geeigneter Form Missionen und Wahlüberwachung in gefestigten Demokratien einrichtet, die mit neuen Herausforderungen wie der Integration neuer Minderheiten und der Bekämpfung des Menschenhandels konfrontiert sind;
80. appelliert an die EU und die NATO, an ihre Mitgliedstaaten ebenso wie an neue Mitglieder auch weiterhin hohe Maßstäbe in Bezug auf Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit anzulegen;
81. empfiehlt, dass die OSZE bei der Förderung der Umsetzung der von den Teilnehmerstaaten übernommenen Verpflichtungen in der menschlichen Dimension ihre Koordination, Kooperation und Arbeitsteilung mit den großen europäischen und euroatlantischen Institutionen wie EU, NATO und Europarat weiter ausbaut;

82. ist der Meinung, dass die Erfahrungen mit der „Parlamentarischen Troika“ in einer ganzen Reihe von Fragen positiv sind und dass diese Form der parlamentarischen Zusammenarbeit daher auf Ad-hoc-Basis weiterentwickelt werden sollte;
83. legt der OSZE nahe, ihren Einsatz zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung von Minderheiten in gefestigten Demokratien und zum Schutz von deren durch Zuwanderung entstandenen neuen Minderheiten zu verstärken;
84. schlägt vor, das Mandat und die Ressourcen des Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten dahingehend zu ändern und zu verstärken, dass er die neuen Minderheiten in den gefestigten Demokratien im OSZE-Gebiet schützen und sie bei der Integration in die Gesellschaft ihrer neuen Heimatländer unter Anerkennung ihres Rechts auf Bewahrung ihres eigenen kulturellen Erbes unterstützen kann;
85. fordert die OSZE-Teilnehmerstaaten mit Nachdruck auf, die notwendigen Schritte zu unternehmen, um Verhältnisse zu verhindern und zu vermeiden, die zu Binnenvertreibung führen könnten, und dort, wo Binnenvertreibung bereits stattgefunden hat, dauerhafte Lösungen herbeizuführen und durchzusetzen, damit die Binnenvertriebenen in Freiheit, Sicherheit und Würde an ihren Wohnort oder ihren gewöhnlichen Aufenthaltsort zurückkehren und ihr Eigentum wieder in Besitz nehmen oder sich in ihrem Land an einem anderen Ort freiwillig niederlassen und integrieren können;
86. erklärt, dass kein OSZE-Teilnehmerstaat Binnenvertriebene gegen ihren Willen zur Rückkehr zwingen oder Bedingungen herbeiführen sollte, in denen eine Rückkehr die einzige Möglichkeit ist, insbesondere wenn dies ihr Leben, ihre Sicherheit, ihre Freiheit beziehungsweise ihre Gesundheit gefährdet;
87. legt den Parlamenten aller Teilnehmerstaaten nahe, konkrete Maßnahmen zu treffen um sicherzustellen, dass Binnenvertriebene in ihrem Land das Recht auf die Rückkehr nach Hause und die Wiederinbesitznahme ihres Eigentums haben oder - bis dahin - eine ordentliche und sichere Unterkunft erhalten und ihre Rechte uneingeschränkt ausüben können;
88. fordert mit Nachdruck, dass auf dem Treffen des Ministerrats im Dezember 2003 eine zusätzliche normsetzende Formulierung für Binnenvertriebene geschaffen wird, unter anderem durch die Bekräftigung der Leitgrundsätze der Vereinten Nationen betreffend Binnenvertreibungen oder durch die Übernahme der Schlüsselemente dieser Leitgrundsätze als OSZE-Verpflichtungen;
89. empfiehlt, dass sich die OSZE den Teilnehmerstaaten als die wichtigste internationale Organisation für die Zusammenarbeit und die Koordination der Bemühungen zur Bekämpfung des Menschenhandels sowie für den Aufbau von Polizeikapazitäten und Institutionen anbietet;
90. appelliert an alle Teilnehmerstaaten, zur Bekämpfung des Menschenhandels in den Herkunfts-, Transit- und Zielländern wirksam zusammenzuarbeiten;
91. fordert die Teilnehmerstaaten und insbesondere ihre Parlamentarier auf, dafür zu sorgen, dass ihre innerstaatlichen Rechtsvorschriften Mittel und Instrumente für die Bekämpfung des Menschenhandels, den Schutz der Opfer und die internationale Zusammenarbeit bereitstellen;

92. regt an, dass die OSZE ihre Arbeit zur Bekämpfung des Menschenhandels wirkungsvoll organisiert und zu diesem Zweck einen Sonderbeauftragten für Fragen des Menschenhandels bestellt, dem Leitenden Polizeiberater mehr Ressourcen zur Verfügung stellt und Mechanismen für eine enge Koordination mit den Teilnehmerstaaten und all jenen OSZE-Institutionen, -Organen und -Vertretern einrichtet, die mit der Bekämpfung des Menschenhandels befasst sind, einschließlich der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten, des BDIMR und des Leitenden Polizeiberaters;
93. empfiehlt, dass die Parlamentarische Versammlung ihren Bemühungen zur Bekämpfung des Menschenhandels auch weiterhin hohen Vorrang einräumt.